

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. G. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Bräili, Hannover.

Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die Verkürzung der Arbeitszeit.

I.

Die Frage der täglichen Arbeits- oder Schichtdauer drängt immer mehr ihrer Lösung entgegen. Sie darf von den gesetzgebenden Faktoren nicht außer acht gelassen werden, soll die Wohnungsfrage nicht von vornherein scheitern oder Rückwirkungen bleiben. Lange Arbeitszeit gefüllt keine weite Entfernung vom Wohnplatz ohne Verlängerung des Arbeitstages um mehrere Stunden. Soll außerdem unser Bevölkerungsproblem nach dem Kriege überhaupt gelöst werden, so kann die Regelung der Frage „Verkürzung der Arbeitszeit“ nicht unberachtet bleiben. Sie ist nicht mehr lediglich eine Angelegenheit, die nur Arbeiter und Unternehmer angeht, sondern an ihrer glücklichen Lösung ist der ganze Volkskörper interessiert, dessen Wohlergehen davon maßgeblich hängt, wenn es auch auf den ersten Blick scheinen könnte, als hätte nur die Arbeiterschaft Vorteile und die Unternehmer Nachteile davon.

Nicht Zufall oder Laune waren in letzter Zeit Berater der Arbeiterschaft bei ihrer Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit. Vielmehr liegen für dieses Verlangen eine ganze Reihe von Tatsachen vor, die als Triebkräfte in Betracht kommen. Zunächst nennen wir die schlechte Ernährung oder besser gesagt die Unterernährung. Der Körper ist bis zum äußersten geschwächt. Und wenn es Jahre lang gut gegangen ist, so ist damit nicht gesagt, daß es so noch Jahre weiter gehen kann. Es gibt eine Grenze und die scheint erreicht zu sein. Die fortwährende Sorge und Ungeißheit um die Angehörigen im Felde, um die Ernährung für den morgigen Tag im allgemeinen und um unsre Zukunft im besonderen tun das ihrige, um die sogenannten unteren Schichten seelisch zu zermürben, was wiederum die Widerstandskraft des menschlichen Körpers schwächen muß. Es bildet sich eine Arbeitslosigkeit, die noch gesteigert wird durch die Verbitterung gegen das sinnlose Treiben der Kriegsheiter, hinter denen sich nur zu oft, wenn auch nicht immer, der Wucher verbirgt. Die jetzt seit Jahren anhaltenden Anstrengungen resp. Überanstrengungen der Arbeiterschaft fordern nunmehr gebieterisch Entlastung. Guter Wille vermag viel, und die deutsche Arbeiterschaft hat bewiesen, was sie zu leisten vermag, aber wenn der Zeitpunkt eingetreten ist, wo sie sich sagen muß, es geht „über unsre Kräfte“, dann muß auch der gute Wille versagen.

Nun wäre die Frage aufzuwerfen: ist gegenwärtig eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich. Nach den zahlreichen Mitteilungen aus den Zahlstellen über Arbeiterentlassungen, selbst in der Rüstungsindustrie in letzter Zeit, ist diese Frage zu bejahen. Sollen die Entlassungen und neuerdings die wegen Rohmaterialmangels erfolgten Betriebseinstellungen die notwendige Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht allgemein ermöglichen, so könnten außergewöhnliche Wege eingeschlagen werden. Es gibt noch eine große Zahl Leute, die Arbeiten nur vom Erzählen kennen. Bei der Frau aus dem Arbeiterstande hält man es für ganz selbstverständlich, daß sie, wenn irgend möglich, jetzt in der Fabrik arbeitet. Bei Kriegerfrauen wurden sogar schon Zwangsregeln ergriffen durch den Entzug der Unterstützung, in andern Fällen durch deren Androhung. Sollte man da von Staats wegen nicht auch einmal Umschau halten können bei jenen Herrschäften, die ein zahlreiches Dienstpersonal benötigen für die Arbeiten, die eine Proletarierfamilie und Sonntags nebenbei zur Not erledigen muß? Wenn die vielen Madamen selbst Kochen, waschen, putzen und säubern, werden neue Arbeitskräfte frei. Aber diese Maßregel wird gar nicht nötig sein. Das beweist das Verhalten der deutschen Heeresverwaltung zur Frage der Arbeitsdauer in den besetzten Gebieten. Hat doch vor kurzem ein Armee-Oberkommando folgende Verfügung erlassen:

Die arbeitgebenden Dienststellen müssen bei dem augenblicklich besonders starken Mangel an Arbeitskräften in der Armee mit aller Sorgfalt darüber wachen, daß durch Erhöhung von Arbeitslust und Kraft die verfügbare Arbeiterzahl bestmöglichst und restlos ausgenutzt wird.

Neben beständiger Sorge um gute Unterbringung und Versorgung, schonender Behandlung der Bekleidung ist dies zu erreichen durch Verkürzung der unmärkteiche und strenge Einhaltung der abgestuften Arbeitszeit (einmal. Unmärkte). Außerdem sind Ruhezeiten dringend erforderlich. Der gegebene Tag ist der Sonntag, der auch am Vorabend frei sein soll. Machen dringende Aufgaben eine Sonntagsarbeit unvermeidlich (Entzündung usw.), so muß möglichst in der Woche ein Ruhetag eingelegt werden.

Könnten sich doch unsre Unternehmer einmal zu solcher Einsicht aufzwingen! Und warum geben sie gerade in dieser für das Volkswohl wichtigen Frage Bemühten keinen Raum? Weil der privatkapitalistische Standpunkt sozialpolitische und volkswirtschaftliche Erwägungen stets im Kerne erfaßt. Der moderne Unternehmer steht — zum Teil — noch auf dem Urtypusstandpunkt, daß kurze Arbeitszeit den heiligen Gewinn schwächt. Wie oft soll noch der Beweis erbracht werden, daß kürzere Arbeitszeit keine Verringerung der Produktion zur Folge haben muß. Gegeben wird das neueste Resultat einer Probe aufs Ewige bekannt. Folgende Notiz geht durch die Presse: „Auf Veranlassung der britischen Regierung sind bei Arbeiterschaften industrieller Betriebe in sieben Fabriken zwei Jahre lang Untersuchungen über Er müdungserscheinungen bei längerer und kürzerer

Arbeitszeit angestellt worden. Die ersten beiden Berichte liegen jetzt vor. Der eine bezieht sich auf eine Fabrik von Verbandsstoffen mit 2000 Arbeitern, der andre auf ein Werk, das Kriegsmaterial herstellt, mit 600 Arbeitern. Die wissenschaftlich durchgeföhrten Untersuchungen ergaben, daß sich bei Überstunden und bei Nachschichten eine so starke Ermüdung zeigt, daß sie volkswirtschaftlich unzweckmäßig sind. Auch kurze Erholungspausen änderten daran nicht viel, besonders bei ungünstigem Ernährungszustand. Verkürzung oder Wegnahme der Ruhepausen, Überstunden oder Entziehung des Ruhetages verringern die Produktion. Die Verkürzung eines zwölfstündigen Arbeitstages auf 10 Stunden bewirkte eine absolute Steigerung der Erzeugung um rund fünf Prozent. Bei einer Kolonne von acht Arbeitern erhöhte sich die Durchschnittsleistung bei dieser Verkürzung der Arbeitszeit von 262 auf 276 Stück; dieselbe Kolonne brachte aber bei achtstündiger Arbeitszeit 316 Stück heraus.“

Und zu dieser klaren Erkenntnis hat sich erfreulicherweise auch unsre Heeresverwaltung nach ganz kurzer Lehrzeit aufgeschwungen, während die alten Praktiker, die Industriekräfte, am alten rückständigen Standpunkt festhalten mit einem religiösen Fanatismus, der in dieser für das Bevölkerungsproblem wichtigen Frage die bei ihnen sonst vorhandene geistige Beweglichkeit völlig vermissen läßt. Statt dessen soll die deutsche Arbeiterschaft mit dem Taylor-System beglückt werden. Solche Pläne tauchten auf in einer Zeit, in der die Unfälle relativ stark zunommen haben. Wenn die Taylorisierung der Arbeit nach der Stoppuhr gedacht ist, so könnte das nach dem Kriege die schwersten Folgen für Deutschlands Arbeiterschaft und Industrie haben. Die Millionen der aus dem Felde mit zertrümmerten Nerven Heimkehrenden müßten seelisch und körperlich zusammenbrechen. Bei der intensiven Betätigung, wie sie jetzt schon allgemein üblich ist, muß auch ohne Taylor-System ein Ausgleich geschaffen werden durch Verkürzung der Schichtdauer. Eine solche halten wir aber nicht nur jetzt, sondern auch nach dem Krieg für unabdingt notwendig. Warum? Der hohe Stand unserer Technik rechtfertigt schon längst nicht mehr die zehnstündige Arbeitsschicht. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Arbeiterschaft an den Vorteilen der fortbreitenden technischen Errungenschaften nicht teil haben soll. Man sehe sich einmal die Tourenleistungen der Maschinen und die entsprechenden Arbeitsleistungen an, in der Papierindustrie, in der Holzbearbeitungsindustrie, in den Eisenwalzwerken usw. Eine ganze Reihe von Kriegsfolgen fordern außerdem gebieterisch kürzere Arbeitszeit. Zunächst, wie schon betont, der geschwächte Organismus der aus dem Felde Heimkehrenden. Nach teilweise vierjährigen seelischen Martyrii sind die Nerven derart zerstört, daß man ihnen nicht allzuviel zutun darf. Hinzu kommen die Nachwirkungen der vielfach unzulänglichen Ernährung. Der ganze Mensch ist nicht mehr der selbe wie vor dem Kriege. Die Daheimgebliebenen, Männer und Frauen, sind von den seelischen und körperlichen Kriegswirkungen nicht verschont geblieben. Schlechte Ernährung, Kummer, Sorge, Veränderungen in überreichem Maße usw. haben das ihre getan. Der jugendliche Nachwuchs ist geschwächt. Er konnte körperlich nicht aufbauen wegen Mangel an Bauproteinen. Erwachsene. Aber auch die Tatsache, daß wir nach dem Kriege verhältnismäßig eine größere Zahl Frauen haben werden in Industrie, Gewerbe und Handel als vor dem Kriege, rechtfertigt unsre Forderung. Hinzu kommt eine ungeheure Zahl Kriegsinvaliden, denen wir nicht zunutzen dürfen, daß sie bei überlanger Arbeitszeit die Unfallzahlen noch mehr herausdrücken. Das sind alles Gründe, die für eine Reduzierung der Arbeitsdauer sprechen. Wir wollen aber noch einmal hervorheben: Der wichtigste Grund für unsre Forderung ist der gewaltige technische Fortschritt auf allen Gebieten, der auch während des Krieges nicht still stand. Aus dieser Tatsache folgert die Arbeiterschaft ein Recht auf ihren Anspruch der Anteilnahme an den kulturellen Errungenschaften, die sie mit geschaffen hat. Dass die Einlösung unserer Forderung schon längst fällig war, wollen wir an einem zweiten Artikel beweisen.

Die arbeitgebenden Dienststellen müssen bei dem augenblicklich besonders starken Mangel an Arbeitskräften in der Armee mit aller Sorgfalt darüber wachen, daß durch Erhöhung von Arbeitslust und Kraft die verfügbare Arbeiterzahl bestmöglichst und restlos ausgenutzt wird.

Neben beständiger Sorge um gute Unterbringung und Versorgung, schonender Behandlung der Bekleidung ist dies zu erreichen durch Verkürzung der unmärkteiche und strenge Einhaltung der abgestuften Arbeitszeit (einmal. Unmärkte). Außerdem sind Ruhezeiten dringend erforderlich. Der gegebene Tag ist der Sonntag, der auch am Vorabend frei sein soll. Machen dringende Aufgaben eine Sonntagsarbeit unvermeidlich (Entzündung usw.), so muß möglichst in der Woche ein Ruhe-

tag eingelegt werden. Diese Ländern das Angebot an deutschen Zahlungsmitteln die Nachfrage übersteigt. So entsteht das Sintern des Marktes in jenen Ländern und das Steigen der Kurse der dortigen Zahlungsmittel. Diese Erscheinung hat schon in weiten Kreisen große Besorgnis erzeugt und vielfach hört man, daß wir nach dem Kriege in erster Linie dafür zu sorgen haben, daß unsre Valuta wieder ihren alten Kurstand erreicht. Hierzu wird empfohlen, daß wir die Einfuhr einschränken und die Ausfuhr zu heben suchen. Wie würde aber dieses Mittel wirken? Der Einlandmarkt würde noch mehr von Waren entblößt als er es jetzt schon ist. Die Warenknappheit würde eine weitere Steigerung der Einlandkurse zur Folge haben und die Kaufkraft der deutschen Verbraucher herabdrücken. Die Leitung, die jetzt mit durch den schlechten Kurstand der Reichsmark hervorgerufen ist, würde noch verschärft werden.

Auch ist es aber ein Extrem, anzunehmen, daß der schlechte Kurstand der Reichsmark die alleinige Ursache der Leitung ist. Gewiß müssen wir für eine dänische Krone statt 1,12 Mt. wie in Friedenszeiten heute 1,9 Mt. bezahlen, also für ein Pfund Butter — Preise von 3 Kronen, welches wir in Friedenszeiten für 3,36 L. erhalten hätten, heute 5,67 Mt. zahlen. Über der Preis von 3 Kronen für ein Pfund Butter kam in Friedenszeiten auch nicht vor.

Viel schlimmer als der schlechte Kurstand unserer Zahlungsmittel wird der allgemeine Erfolg der Goldwährung durch das Papier. Wäre der schlechte Kurstand der Reichsmark oder der Zahlungsmittel der Kriegsführenden die Ursache der Leitung, dann müßte in den Ländern mit gut stehender Valuta die Leitung nicht sein. Die Kurse der schwedischen Krone und des schweizer Franken stehen während der ganzen Dauer des Krieges an allen Börsen über pari, und doch liegt man auch in Schweden und in den Schweiz über Leitung. Die amtliche Kommission für soziale Angelegenheiten in Stockholm stellt fest, daß seit Mitte 1914 bis Ende April dieses Jahres die Preise für notwendigen Bedarf von 100 auf 337, während die verfügbaren Mittel in den meisten Haushaltungen höchstens von 100 auf 200 gestiegen sind. Wenn ein Arbeiter jetzt doppelt so hohe Lohn erhält wie er 1914 gehabt hat, dann werden die Unternehmer von Lohnhöhungen reden, während die Arbeiter einen Lohnabzug zu beschlagen haben. Die Arbeiter sind nicht Schatzbündner. Für sie ist die Geldsumme, die sie erhalten können, ziemlich gleichgültig, es kommt darauf an, was sie für das Geld kaufen können. Sind die Preise für Nahrungsmittel und notwendige Bedarfsartikel von 100 auf 337 und die Löhne von 100 auf 200 gestiegen, dann kann der Arbeiter heute nur soviel Arbeit für 200 Kronen kaufen, als er 1914 für 60 Kronen erhielt. Die scheinbare Lohnhöhung von 100 Prozent ist in der Wirkung ein Lohnabzug von 40 Prozent, weil je nicht Schritt gehalten hat mit den Preisssteigerungen.

Die Goldwährung besteht zwar in allen Ländern fort, aber das Gold ist aus dem Berlehr verjagt worden und durch Papier ersetzt. Je größer die Mengen an Papiergebunden werden, um so mehr sinkt die Kaufkraft dieses Zahlungsmittels. Das trat drastisch in Erfahrung während der zwanzigjährigen Revolution durch die Argentinienwirtschaft, und Anfang der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts in Argentinien, wo der Wert des Papiergebundes auf weniger als ein Dreißigstel seines Nominalwerts sank. Wir haben gesetzlich keine Doppelwährung und deshalb auch kein Golbagio (Mehrwert der Goldmünze im Vergleich zu ihr dem Namen nach gleichwertigen Zahlungsmitteln), aber aus Kapazitätsgründen ist doch bekannt geworden, daß Golbagio schon 60 bis 70 Mt. für ein Zwanzigstausendstel bezahlt haben. Also der Golbagio ist unverwertig, und das ruft jene Zustände her vor, die allgemein beklagt werden.

Es gibt zwar Unternehmer, die für die Steigerung der Preise der Waren die Steigerung der Löhne unverantwortlich machen. Wie wenig solche Behauptung stichhaltig ist, entdeckt man sofort, wenn man die Zahlen feststellt, wann die Warenpreise und wann die Löhne gestiegen sind. Man sieht dann, daß erst die Preise und dann die Löhne steigen. Im Jahre 1914, bald nach Ausbruch des Krieges, hatten wir sogar ein Stufen der Löhne und Steigerung der Preise. In der Zeit von 1913 bis 1915 steigen die Löhne der in den gewerblichen Betriebsgenossenschaften gegen Unfall versicherten Arbeiter von durchschnittlich 4,05 Mt. pro Tag auf 4,20 Mt., also um 1,5 Mt. = 3,7 Prozent. Die Preise der Lebensmittel steigen aber in derselben Zeit um rund 100 Prozent. Seitdem sind aber die Preise der Lebensmittel und der Bedarfsartikel weiter gestiegen. Es wird aber im ganzen Reich kaum 10.000 Arbeiter geben, bei denen die Lohnsteigerung nur annähernd mit den Preisssteigerungen Schritt gehalten hat. Deshalb gibt es aber Millionen Arbeiter, die heute noch keinen höheren Lohn haben als 1913. Wenn man bei den gegen Unfall versicherten Arbeitern die Eisen- und Stahl- und die Knappmachs-Betriebsgenossenschaften aussondert, dann bleiben 4.847.887 Vollarbeiter (also 300 Arbeitstage = 1 Vollarbeiter), die 1915 keinen höheren Lohn hatten als 1913. Zu den Arbeitern, die noch am meisten die Löhne steigern konnten, gehören die Bergarbeiter. Über deren Löhne haben wir eine einfache Statistik. Die höchsten Löhne erzielen hier die Steinwälzenbergleute des Oberbergamtsbezirks Dortmund. Deren Löhne steigen für 1 Mann und Schicht von 5,36 Mt. im Jahre 1913 auf 9,46 Mt. im ersten Vierteljahr des Jahres 1918. Hier ist also eine Lohnsteigerung von 4,10 Mt. pro Schicht, also um 74 Prozent, zu verzeichnen. Diese Arbeiter, die noch immer zu den glücklichsten zu rechnen sind, hatten 1918 noch nicht die Lohnsteigerung erreicht, die die Preisssteigerungen von 1915 ausgleichen würden. Und doch sind die Preise seit 1915 ununterbrochen weiter gestiegen. Diese Preisssteigerungen hat man in der ganzen Welt. In New York stieg zum Beispiel der Seiden von 1000 Kilogramm von 151 Mt. im Jahre 1913 auf 366,45 Mt. im Januar dieses Jahres. Dabei in beiden Fällen der Dolch zu 4,20 Mt. gerechnet ist.

Diese Lohnsteigerung wird aber mit dem Friedensschluß nicht wieder verhindert. Es gibt sogar Leute, die sie für ein Glück halten, weil auch die Schulden im gleichen Verhältnis entzogen sind. Als während des Bürgerkrieges in Amerika auch das Papiergebund in großen Mengen auf dem Markt war, stieg zum Beispiel ein goldenes Hundertdollarstück auf den Preis von 14 Dollar 25 Cent in Papier. Da Metallgold so gut wie gar nicht im Berlehr war, wurden alle Zahlungen nach Papierdollar bestritten. Bei der starken Nachfrage nach Arbeitern waren auch diese in der Lage, ihre Löhne der Kaufkraft des Dollars anzupassen. Als später der Wert des Papierdollars stieg, bildete sich die Gruppe der Raftarbeiter, die durch starke Ausgabe von Papiergebund den Gedruckt herabdrücken und die Warenpreise steigern wollten. Derjenige Grundgedanke trieb auch unter das Silberpreises auch in der Bewegung der Inflationszeit.

Wehr als je die Inflationen und Inflationsarten höhen durften. Sie jetzt durch die massenhafte Ausgabe von Papiergebund auf der ganzen Erde erreicht. Man darf jetzt den Streit darüber, ob es gut oder schlecht ist, den Theoretikern überlassen, die Arbeiter müssen mit der Zukunft rechnen, das die Kaufkraft des Geldes auf einen geringen Bruchteil dessen herabgesunken ist, wie sie vor dem Kriege war. Sie müssen darauf rechnen, den Lohn auf die Höhe zu bringen, daß er mindestens dieselbe Kaufkraft erlangt, die der Lohn vor dem Kriege gehabt hat. Ist die Kaufkraft der Reichsmark auf ein Viertel oder Fünftel herabgesunken, so kann der Arbeiter vier- oder fünfmal so viel Lohn haben als er früher bezogen hat, selbst auf die Gehaltsbasis hin, daß die Waren weiter im Preise liegen.

Die Auswirkung des Lohnes an die Kaufkraft des Geldes ist aus zweierlei Gründen gebunden. Von der Lebenshaltung der Arbeiter ist deren Leistungsfähigkeit abhängig. Will man die Leistungsfähigkeit der Ar-

Geldentwertung und Arbeitslöhne.

Von Hermann Molkenbuhr.

Je länger der Krieg dauert, um so mehr wird das Wirtschaftsleben durch das Sintern des Geldwertes in Unordnung gebracht. Will man Zahlungsmittel zum Kauf von Waren in der Schweiz, Holland oder Schweden haben, dann muß man für 100 Gulden, 100 Kronen oder 100 Kronen fast doppelt soviel bezahlen wie in Friedenszeiten, d. h. unser Reichsmark hat an den ausländischen neutralen Währungen nur noch etwas mehr als die Hälfte des Wertes, den er vor dem Kriege gehabt hat. Das trifft aber nicht zu bei der Goldmünze. Denn wenn ich ein Spannungsmäß nehm und schlage es so breit, daß das der Pragmatische Spur mehr zu entdecken ist, dann würde ich für das Stadtkreis Gold in der Schweiz jetzt 25 Franc, in Holland 11 Gulden 80 Cent und in Schweden 17 Kronen 77 Ore, also soviel dafür erhalten, wie ich in Friedenszeiten für 20 Mt. an diesen fremden Münzen erhielt. Zwanzigprozent kann man aber jetzt in beliebiger Anzahl bekommen, sondern wir haben Papier. Hier treten nun die Preissteigerungen durch Angebot und Nachfrage ein. In Friedenszeiten war in den westeuropäischen Staaten Europas die Nachfrage nach deutschen Zahlungsmitteln größer als ungefähr. Die Schweiz, Holland und die nordamerikanischen Staaten, hielten Deutschland gegenüber eine positive Handelsbilanz. Unsre Ausfuhr nach jenen Ländern überstieg die Einfuhr um 732 Millionen Mark. Man magte dort deutsche Zahlungsmittel haben. Jetzt aber, da wir die Ausfuhr gegenwärtig nicht haben, werden wahrscheinlich eine größere Einfuhr von dort haben als in Friedenszeiten, ja gewachsenen mit niederländischen, französischen und schwedischen Zahlungsmitteln. Die Nachfrage nach diesen Zahlungsmitteln ist bei uns groß, während

besser auf den früheren Stand bringen, dann muss man ihnen auch die frühere Lebenshaltung ermöglichen. Derner ist die Gehung der Konsumfähigkeit der Arbeiter aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen geboten. Der heimige Markt ist die Grundlage für unser ganzes Wirtschaftsleben. Scheiden die Arbeiter als Verbraucher gewisser entbehrlicher Waren aus, dann können die Industriezweige, die diese Waren herstellen, zum Stillstand. Mangel an Konsumfähigkeit der Arbeiter hat Verminderung der Arbeitslosigkeit zur Folge. Man kann es an einem einfachen Beispiel demonstrieren. Angenommen in dem Verlaufsjahr eines Jahres steht ein Fünftel Arbeitslosen. Der Arbeiter muss also fünf Wochen arbeiten, um so viel zu erwerben, dass er das Arbeitsprodukt einer Woche kaufen kann. Soweit die Arbeiter als Verbraucher in Betracht kommen, sieht sich das Kapital zehnmal im Jahre um. Zehn würde der Lohn verdoppelt, also in für 100 Mark Waren wären statt 20 Mark 40 Mark Arbeitslohn. Der Preis der Ware müsste nun von 100 Mark auf 120 Mark steigen. Nun würden die Arbeiter aber in drei Wochen so viel verdienen, dass sie das Arbeitsprodukt einer Woche kaufen könnten. Das Kapital würde sich jetzt statt zehnmal im Jahre siebzehnmal umsetzen, so dass der Fabrikant seine verdeckte Lebenshaltung durch den häufigeren Umschlag seines Kapitals decken kann.

Eine der ersten Aufgaben der Arbeiter muss daher sein, dahin zu streben, dass der Lohn der Kaufkraft des Geldes angepasst wird und die Arbeiter auf eine Stufe der Lebenshaltung gebracht werden, die eine Steigerung der Leistungsfähigkeit ermöglicht.

Neue Ermittlungen über die Mietsteigerungen.

D. W. A. Der Deutsche Wohnungsanzähler hat vor kurzem bei einer Reihe von Organisationen, die ihm als Mitglieder angehören sind, eine Umfrage veranstaltet über Umfang und Art der neueren Mietsteigerungen und über die Wirksamkeit der bestehenden Mieterschutzeinrichtungen. Das Ergebnis dieser Umfrage ist recht bemerkenswert. Aus den bisherigen Antworten von etwa 20 bedeutenden Organisationen und einer großen Anzahl von Ortsgruppen der befragten Organisationen ergibt sich, dass fast in allen Gegenden des Deutschen Reiches — namentlich in der Rheinprovinz, in Westfalen, Hannover, Sachsen, Schlesien und Groß-Berlin — wiederholt allgemeine Mietsteigerungen vorgenommen werden und dass weitere Mietpreishöhungen bevorstehen. Die allgemeinen Erhöhungen der Mietpreise seit Kriegsbeginn bewegen sich daran zwischen 10 und 60 Prozent und betragen durchschnittlich etwa 20—25 Prozent der Mieten vor dem Kriege; die Mietsteigerungen, die seit Oktober 1917 vorgenommen wurden, bewegen sich zwischen 5 und 25 Prozent der bisherigen Miete und betragen durchschnittlich etwa 10—15 Prozent. In Einzelfällen sind Steigerungen von 60 bis 100 Prozent zu verzeichnen. Die allgemeinen Steigerungen werden meist angeregt durch Hausbesitzervereine. Aus Bochum wird berichtet, dass diejenigen Hausbesitzer, die mehrere Häuser besitzen, an erster Stelle vorzugehen pflegten. Die Mietverträge wurden vielfach mit kurzfristig abgeschlossen, oder aber es wurden, wie aus Königshütte berichtet wird, bei langfristigen Verträgen auf Jahre hinaus starke Staffellungen von Mietsteigerungen nach oben von Jahr zu Jahr vorgenommen. Die größten Steigerungen wurden bei Neubermietungen erzielt. In zahlreichen Orten haben aber viele Neubermietungen aufzufinden müssen, weil ganze Straßenzüge von Wohnhäusern zu hohen Preisen von industriellen Werken aufgekauft wurden. Gerade diese Vorgänge, wie sie aus der Provinz Hannover, aus Hamm, Königshütte, Eismar und Sensenbergs berichtet werden, haben angedeutet eine große Wohnungsteuerung hervorgerufen. In einigen Orten wurden kleinere und mittlere, in anderen Orten größere Wohnungen von der Steigerung besonders ergriffen, weil das in der Mehrzahl der genannten Bezirke und über die Mieten aller Wohnungen erhöht werden. Auch möblierte Zimmer wurden in manchen Städten von der Steigerung stark betroffen. Die Vorgänge vollzogen sich vielfach in größter Stille. Nach zahlreichen Angaben sind die Mieter infolge des Wohnungsmangels und der Sozialnotwendigkeit des Wohnungswechsels meist froh, wenn sie im Beiseite der Wohnung bleiben können, und sie bewilligen daher die fortwährende Mietsteigerung, ja sie bieten öfters sogar selbst höhere Räume an, um sich vor Kündigung zu jüngern oder bessere Wohnungen erhalten zu können. Das Mietentwicklungsamt ist in sehr vielen Orten unbekannt oder führt ein Schattendasein. Gleichzeitig und auch die betroffenen Mieter (Steigerungen) gehörten sich zu unterscheiden, um die richtigen Abrechnung anzuwenden. Aus einzelnen Städten wird berichtet, dass sich das Mietentwicklungsamt bewährt habe. Es wird auch von großer Überlastung der Mieter geklagt. In den meisten Antworten werden aber die

bestehenden Mieterschutzvorrichtungen als unzureichend bezeichnet, und die Verstärkung der Mieterschutzgesetzgebung durch die Verordnung derstellvertretenden Generalstabskommandos wird lebhaft begrüßt. — Das wesentliche Ergebnis dieser Umfrage liegt darin, dass sich in fast allen Gegenden Deutschlands auch nach Inkrafttreten der Bundesratsverordnung zum Schutze der Mieter vom 26. Juli 1917 Mietsteigerungen allgemeineren Umsanges durchgesetzt haben und weitere allgemeine Erhöhungen erwartet werden.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die chemische Industrie im Jahre 1917.

III.

Der Bericht der technischen Aufsichtsbeamten weist auf verschiedene Neuerungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes hin. So hat die aus den Bedürfnissen der Heeresverwaltung hervorgegangene Atemschutzmaske in zahlreichen Betrieben gute Dienste geleistet. Die Firma J. Seipp (Arbeiterschutzmittelfabrik) in Frankfurt am Main stellt einen Schutzhandschuh aus säurefesten Stoffen her. Der Handschuh hält den Kopf und fasst den ganzen Oberkörper ein und bietet den Arbeitern, die bei ihrer Arbeit der Bespritzung durch ätzende Flüssigkeiten ausgesetzt sind, einen sicheren Schutz. Beim Einfüllen gemahlener Farbe mittels Trichter schlägt die durch den Trichter getriebene Luft bekanntlich Staub zurück. Das kann verhindert werden, wenn der aus dem Aufnahmegerät vertriebenen Luft Gelegenheit gegeben wird, auf andern Wege zu entweichen. Das wird erreicht durch Anlöten eines Blechstreifens mit halbkreisförmigem Profil an der Innenseite des Trichters. Aus dem so gefassten Kanal kann nun die Luft ohne Widerstand austreten.

Gesundheitsgefährliche Einflüsse sind in ernster Weise in Erscheinung getreten in den Munitionsbetrieben, in denen Nitrobenzol und Tritrotoluol abgefüllt und verarbeitet werden. Am stärksten traten die Gesundheitsstörungen auf in den heißen Monaten des Jahres 1917. Durch beständige Verbesserungen bei den verschiedensten Arbeitsverrichtungen, durch regelmäßige ärztliche Untersuchungen und durch die Erziehung der Frauen durch Männer an den gefährdeten Stellen gelang es gegen Ende des Jahres, die Erkrankungen etwas einzudringen. Der Bericht sagt hierzu:

„Die verschiedenen Erkrankungen mit tödlichem Ausgang zeigen deutlich, in welchem Maße gerade jüngere weibliche Arbeiter von der Giftwirkung der aromatischen Nitroverbindungen schon nach kurzer Tätigkeit in detartigen Betrieben betroffen werden können.“

Ein im Kaiserlichen Gesundheitsamt bearbeitetes Merkblatt führte zur Frage der Nitrovergiftungen aus:

„Vergiftungen treten vor allem auf, wenn nachfolgende ungünstige Verhältnisse vorliegen: Mangelhafte Betriebsseinrichtungen, hohe Temperatur, das Arbeiten ohne Fußbekleidung, die Aufnahme ungewöhnlich großer Mengen des Gifftstoffes in den Körper (z. B. bei Unfällen), ferner große persönliche Empfindlichkeit gegenüber den Gifftstoffen, namentlich wenn damit Alkoholismus und Mangel an Reinlichkeit einhergehen.“

Es wird dann in dem Merkblatt noch hervorgehoben, dass die Gifftstoffe, die fettlöslich sind, durch die unverkleidete Haut in das Blut eindringen können; das ist besonders der Fall, wenn durch hohe Raumtemperatur die Hautporen erweitert sind.

In dem Bericht der technischen Aufsichtsbeamten sind eine Anzahl besonders markante Unfälle aus der großen Zahl herausgegriffen und deren Entstehungsursache besonders dargestellt. Wir wollen einige derselben, die speziell der chemischen Industrie angehören, wiedergeben. Neben die Unfälle in der Sprengstoffindustrie ist gesagt, dass Einzelheiten gegenwärtig nicht veröffentlicht werden können. Es ist also nicht möglich, Fehlerquellen aufzudecken, um durch das moralische Gewicht der Offenlichkeit oder durch Beispiele vorwegend wirken zu können. Eine zusammenfassende, für später zugesagte Veröffentlichung kann jedoch nichts mehr ungeschehen machen, wovon manches hätte verhindert werden können, wenn die zu schweren Unfällen führen-

den Vorgänge insbesondere der Arbeiterschaft allgemein bekannt gewesen wären. Allerdings sagt der Bericht, den interessierten Stellen wird von bemerkenswerten Unfällen Kenntnis gegeben. Ob aber bei dem Mangel an technischem Aufsichtspersonal aus den mitgeteilten Tatsachen immer die notwendigen Maßnahmen gezogen werden, ist eine andre Frage.

Der Bericht führt dann aus, es sei bei Handlungen mit feuergefährlichen, heißen, ätzenden und giftigen Stoffen infolge des Reichtums und der Unkenntnis der Betroffenen zu einer Reihe schwerer Unfälle gekommen. Infolge der verschiedenartig der gegenwärtig gefertigten und benutzten Verdunstungsmittel haben sich mehrfach Brände ereignet, bei denen Personen schwere, zum Teil auch tödliche Verbrennungen davontrugen.

Ein Chemiker leuchtete mit einem Streichholz in ein längeres Zeitraum genutztes Gefäß, in dem sich noch Gas befunden, welche explodierten und ihn im Gesicht verletzten. In der Alkoholverdunstung einer Pulversabrik rauschte ein Monteur im darunter befindlichen Scherteller eine Zigarette. Durch die hierdurch herbeigeführte Explosion wurden er und seine Mitarbeiter verletzt. Beim Leuchten mit offenem Feuer in ein Benzolgefäß wurde ein Arbeiter durch die entstehende Explosion getötet.

In der Nähe eines Schmidfeuers reinigte ein Arbeiter seine Hände mit Benzol, die infolge der Entzündung verbrannten. In einem pharmazeutischen Betrieb explodierte ein Benzinkocher, wodurch eine Arbeiterin getötet wurde. Der Behälter dient zur Erzeugung des Gases für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetreteten Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder ein Standglas für die Glashütte in der Weise, dass mittels eines Blasebalgs Luft durch eine Benzolschicht gedrückt wird, die sich mit Benzoldampf füllt. Durch unbemerkt eingetretene Benzolmangel war die Gasförderung so arm an Benzol geworden, dass die Explosionsgefahr erreicht wurde und die Flamme zurückblieb. An dem Apparat war wieder

Keramische Industrie

Keine Zwangsorganisation in der Ziegelindustrie.

Der Verband deutscher Tonindustrieller ist seit 1916 unablässig bemüht, den Zusammenschluß der Ziegelindustrie mit staatlicher Hilfe zu erreichen, da alle Versuche, einen leistungsfähigen Industrieverband zu schaffen, an den widersprechenden Interessen der Klein- und Großunternehmer scheiterten. Es kamen auch Verhandlungen zustande, an denen teilnahmen der Verband deutscher Tonindustrieller, der Verband der deutschen Ziegelverkaufsvereinigungen, Vertreter des Baugewerbes und die Regierung. Noch im März dieses Jahres haben sowohl der Verband deutscher Tonindustrieller als auch der Kriegsausschuß der deutschen Industrie Eingaben an die Regierung gerichtet, die sich mit der gleichen Sache befaßten. Neben der zwangsweisen Organisierung der Unternehmer hatten die Eingaben ein Verbot der Errichtung neuer Ziegeleien zum Zweck. Ferner sollen Betriebe, die seit dem 1. Januar 1912 oder länger stillliegen, ohne Zustimmung eines Genehmigungsausschusses nicht wieder aufgenommen werden dürfen. In der Frage der Zwangshindizierung war eine Einigung unter den Unternehmen selbst nicht vorhanden. So hat sich der deutsche Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie nebst den Vertretern der Hersteller von Zechentonsteinen, Schlackensteinen, Kalksandsteinen, der Bims- und Schwemmsteinindustrie und der Gipsindustrie mit einem Protest gegen die Zwangsorganisation an die Regierung gewendet. Nunmehr hat der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts unter dem 31. Juli auf die Eingaben des Verbandes deutscher Tonindustrieller und des Kriegsausschusses der deutschen Industrie folgende Antwort erteilt:

"Nach eingehender Prüfung bin ich nicht in der Lage, der Anregung Folge zu geben, die Neugründung oder Erweiterung von Ziegeleien an eine behördliche Genehmigung zu knüpfen. Ausschlaggebend für diese Stellungnahme ist, daß der Wohnungsbau dadurch erhöht oder weiter verteuert werden würde, was unter allen Umständen vermieden werden muß. Es mag richtig sein, daß die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Ziegeleien auch den größten Bedarf, mit dem gerechnet werden muß, zu decken vermöchte, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Entfernung zwischen Erzeugungsort und Bauplatz nicht berücksichtigt wird. Daß jeder Ort, an dem ein großes Bedürfnis nach neuen Bauten entstehen wird, über Ziegeleien in solcher Nähe verfügt, daß er mit Ziegeln leicht und ohne unverhältnismäßige Förderungskosten und Schwierigkeiten schnell und voll versorgt werden kann, ist nicht anzunehmen und auch nicht festzustellen, da das Baubedürfnis vorher nicht übersehen werden kann. Die schwierige Lage der Ziegelindustrie röhrt eben daher, daß das Gebiet, das ein Betrieb wirtschaftlich versorgen kann, zwar je nach den zur Verfügung stehenden Förderungsmitteln größer oder kleiner, immer jedoch recht beschränkt ist, doch aber das Baubedürfnis stark wechselt. Immer wieder wird durch ein Baubedürfnis, das an andern, zu den älteren Ziegeleien ungünstig liegenden Orten neu auftritt, die Errichtung neuer Ziegeleien notwendig, während das abflauende Baubedürfnis an den früheren Stellen den älteren Ziegeleien den Abzug entzieht. Dieser Nebenstand für die Industrie liegt in der Natur des Erzeugnisses und der Verbreitung des Rohstoffes begründet. An den naturgemäßen Verhältnissen könnte durch künftige Maßnahmen nur auf Kosten der günstigen und billigen Versorgung des Baubedürfnisses etwas geändert werden. Das läßt sich aber bei der bevorstehenden Wohnungsnott nicht verantworten."

Ebenso wenig bin ich in der Lage, mich mit einer Zwangshindizierung der Ziegelindustrie einverstanden zu erklären, selbst wenn es sich nicht um ein allgemeines, ganz Deutschland umfassendes Zwangshindikat, sondern um örtlich begrenzte kleinere Syndikate handeln sollte. Jeder Versuch einer zwangswiseen Syndizierung wird an der Flüssigkeit der Verhältnisse scheitern. Dazu kommt, daß sich die zahlreichen kleinen Betriebe nicht für eine Zusammenfassung eignen. Endlich würde eine Zwangshindizierung auch im Falle der Bildung örtlicher Syndikate eine weitere Verteilung der Ziegelsteine bedingen, die mit Rücksicht auf die Förderung des Kleintonwirtschaftsbaues vermieden werden muß.

Demgemäß bin ich zu meinem Bedauern nicht imstande, der Ziegelindustrie auf dem Wege zu helfen, der in dem dortigen Entwurf einer Bundesratsverordnung vorgezeichnet ist. Falls der Kriegsausschuß der deutschen Industrie in der Lage ist, einen andern Vorschlag zu machen, der der Industrie die gewünschte Hilfe bringt, ohne den Ziegelpreis zu verteuern, bin ich gern bereit, diesen Vorschlag auf seine Durchführbarkeit zu prüfen.

In Vertretung:

gez.: Dr. Göppert."

Es mag zutreffen, daß die Ziegelindustrie durch den Krieg zum Teil in eine schwierige Lage gekommen ist. Darauf würden aber gegenwärtig die gewünschten Maßnahmen auch nichts ändern. Diese könnten erst nach Beendigung des Krieges resp. bei Aufnahme der Wirtschaftlichkeit in vollem Umfang wirksam werden. Aber gerade dann dürfte die Ziegelindustrie die Staatshilfe entbehren können, denn die Nachfrage nach ihren Produkten dürfte so stark werden, daß die Preise für die Steine ohne besondere Regierungshilfe automatisch in die Höhe gehen werden. Eine künstliche Einschränkung der Steineherstellung unter Regierungshilfe wäre bei dem großen Bedarf an Baumaterialien nach dem Kriege einfach unverantwortlich. Uns scheint, daß die Regierung den einzigen richtigen Standpunkt eingenommen hat, wollte sie nicht die Lösung der ganzen Wohnungsfrage gefährden.

Recht originell ist der Schlafschlag in der Antwort des Regierungsvorstellers. Es wird dem Kriegsausschuß schwer werden, einen Vorschlag zu machen, der für die Ziegelindustrie die gewünschte Hilfe bringt, ohne daß der Ziegelgewerbe verteuert wird. Selbstverständlich nehmen wir an, der Herr Staatssekretär ist mit uns der Meinung, daß weder direkt noch indirekt eine Verteilung der Bausteine in Frage kommen kann. Neue Vorschläge werden demnach schwierig zu erwarten sein. Auf diesem Standpunkt scheint auch die "Ziegelwelt" Nr. 65/66 zu stehen, denn sie schließt ihre Betrachtung über den Verlauf der ganzen Aktion mit den Worten: "Da die erbetene Staatshilfe abgelehnt ist, bleibt dem Zieglergewerbe nur die Selbsthilfe, im freien Spiel der Kräfte".

Ein interessantes Begräbnis.

Unter dieser Überschrift bringt die Nr. 67/66 der "Ziegelwelt" die Mitteilung von der Auflösung der Reichsziegelstelle. Sowohl die Auflösung jetzt als auch die Behandlung dieser Frage gibt uns einen Einblick in die Organisationsnotte der Ziegeleunternehmer. Die Bekanntgabe über das Ende der Reichsziegelstelle lautet:

"Die Ziegelindustrie steht mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge an dem bereits angekündigten Grabe eines Lebensweges, das, in dieser harten Kriegszeit geboren, im zarten Alter von nicht einmal 1½ Jahren aus diesem Dreikampf verschwunden ist. Die Reichsziegelstelle ist tot, so wie der Feberstiel, mit dem die Todesanzeige geschrieben ist. Nicht einmal ein Nachruf ist der Reichsziegelstelle gewidmet, sie ist geräuschlos in die Vergangenheit hinabgegliitten. Auch der Schreiber dieser Zeilen fühlt sich nicht berufen, eine verhältnißvolle Grabrede zu halten, denn auch er huldigt dem Grundsatz: De mortuis nihil nisi bene. Und was sollte dazu? Gutes gesagt werden!"

"Aber nicht uninteressant ist es, wenigstens mit ein paar kurzen Worten den Geburts- und Sterbevorgang zu erwähnen. Am 15. Januar 1917 lud der "Deutsche Verein für Ton-, Zement- und Kalkindustrie" sämtliche Ziegeleien Deutschlands nach dem bekannten Weinhaus Rheingold in Berlin ein. Teilnehmer wie Nichtteilnehmer dieser Versammlung erfuhren einige Tage darauf durch die "Tonindustrie-Zeitung", daß die Reichsziegelstelle geboren war! Dann hörte man lange nichts von ihr. Erst zur jähnen Sommerzeit erfuhr alle Welt von ihrem Vorhaben nochmals etwas, als zwei umfangliche Fragebögen trotz der schon damals herrschenden Papiernot verschickt wurden. Soweit mir bekannt, ist dies das einzige Mal, daß das zarte Kindlein Lebensstöne von sich gegeben hat, seitdem hat es wohl unter den Ernährungsschwierigkeiten besonders zu leiden gehabt. Heute aber muß dem armen Kinder geworden sein, als es in dem "Deutschen Tonindustrie-Verein", eine Stiefmutter fand, die ihr kurzhand jede weitere Unterführung entzog.

Die "Mitglieder" der Reichsziegelstelle sind nicht lange nach ihren Wünschen gefragt. Der Schriftführer des "Deutschen Tonindustrie-Vereins", Herr Dr. H. Hecht, gibt der vollzogenen Tatsache mit den Worten Ausdruck: "Da der Reichsziegelstelle eigene Mittel nicht zur Verfügung stehen, so halten wir ihre Auflösung infolgedessen als erfolgt."

Nun, die Reichsziegelstelle gehört der Geschichte an und aus der Geschichte soll man bekanntlich lernen. Der erste Grundfaß ist der: Seit nur Kinder in die Welt, die auch in dieser harten Kriegszeit lebensfähig erscheinen und die nicht von vornherein einen Todestag in sich tragen. Die weitere Lehre, die aus dem geschichtlichen Vorgange sich ergibt, ist wohl die, daß fruchtbringende Taten nur dann ausgeführt werden können, wenn der glückliche Stern der Zufriedenheit, der Einsicht und des allzeitigen Wollens verheißungsvoll bei der Geburt stand strahlt.

Was ist in der Ziegelindustrie nicht schon alles "organisiert"! Das Wort "Organisation" ist nicht nur allgemein in allen deutschen Landen in Mißachtung geraten, für die Ziegelindustrie gilt dies im besonderen. Schließlich erkennt der Zeitpunkt nicht mehr allzufern, in dem sich die Ziegelindustrie durch ihren Organisationstrieb selber fortorganisiert, um der Kriegsziegelstelle, die auch für sie schon längst vorhanden ist, Platz zu machen.

Hoffentlich kommt die ernüchternde Erkenntnis nicht zu spät, damit diese Vermutung nicht zur Wirklichkeit wird."

Seit Jahren wurden zahlreiche Versuche unternommen, die Unternehmer der Ziegelindustrie organisatorisch einheitlich zu erfassen, die aber bis jetzt alle gescheitert sind. Bei einem solchen Geschäft hätte es der Reichsziegelstelle möglich sein müssen, erfolgreichster zu werden, als es tatsächlich der Fall war. Nach der Todesanzeige zu urteilen, hat aber diese Institution jed agitatorische Fähigkeit vermissen lassen. Zweifellos ist es nicht leicht, die Klein- und Großunternehmer, mit Hand- und Maschinbetrieb in den zirka 12 000 Ziegeleien, die in Deutschland vorhanden sind, unter einen Hut zu bringen. Aehnlich liegen die organisatorischen Verhältnisse bisher bei den Papierindustrien. Diese haben aber während des Krieges gelernt. In der Ziegelindustrie war das anscheinend noch nicht der Fall.

Verschiedene Industrien

"Unter Aufwand aller Mittel"

Will ein Karl Beier aus Biedersheim in Rheinhessen sein Ziel erreichen, d. h. er will die Konferenziendustrie unter diesem Schlagwort zum Ziele führen. In der Nr. 35 der Zeitschrift "Die Konferenziendustrie" bringt er seine diesbezüglichen Ansprüchen zum Ausdruck und fordert zur Solidarität der Konferenziendustrianten auf, weil Zusammenklüsse zur Stärkung der gemeinsamen Wirtschaft und zur Machtworbereitung dienen.

Erst der Krieg, glaubt Herr Beier, habe der Industrie die Grundlage zur Entwicklung der Frage einer Machtklasse gegeben. Die Machtklasse spielt in dem Plane des Herrn Beier eine mächtige Rolle. Woran sich die neue Macht der Konferenziendustriellen gründet, ergibt sich auch aus der folgenden, etwas schwer stilisierten Bemerkung: "Alle Verhältnisse sind während des Krieges der Marmeladenindustrie in Auffassung ihrer Herstellungsmengen näher gelommen." Das soll heißen, alle Bevölkerungsströme haben sich an die Marmelade gewöhnt und viel mehr verbreitet als früher. Wir seien hingegen, weil sie sonst nichts aus Brot zu schneiden hätten. Butter wäre "allen Vermögensdichten" lieber gewesen, aber nur eine kleine Bruchteil konnte sich jüngst leidlich Genüsse leisten. Diese Konsumverbreitung zu erhalten und zu erhöhen, soll Aufgabe der aufoortschebenden, mit frischen Kräutern versehenen Industrie sein", so meint Herr Beier weiter. Wenn das nur kein Irrtum ist, glaubt denn wirklich jemand, die Arbeiterschaft, die ja wohl die meiste Marmelade verzehrt hat, könne für alle Seiten bei Marmelade schwer Arbeit leisten? Der Konsumrückgang für diese Aufstichtmittel wird in dem Augenblick einsetzen, in dem vollzigerter, nachhaltiger Erfolg dafür vorhanden sein wird, z. B. Butter. "Die Konferenziendustrie", schreibt Beier weiter, kann möglicherweise ihrer verdeckten Betriebswirtschaft ihre volle Überlegenheit in Güte und Preis gegenüber dem Produkt der Konkurrenz erbringen, und sie soll damit unablässig nach der Entwicklung der eigenen Herstellung der Konkurrenten streben. Es ist eindeutig, daß eine solche Regelung nicht von den einzelnen Industrien durch gemeinsame, verschiedenartig wirkende Maßnahmen erreicht werden kann, sondern der Sicherung dieses idealen Zustandes muß die Konföderation der führenden Werke vorangehen." Und nun holt Herr Beier aus und verrät was gegeben soll, wenn der "ideale Zustand" erreicht ist. Er geht direkt auf sein Ziel los, und zwar wieder mit der Macht. Damit verbinden sich in Konsequenz der Kriegsnotwehr weitere Aufgaben, um aus der Improvisation zu einer Methodik zu kommen:

"Beseitigung der nicht ehrbaren Konkurrenz unter Aufwand aller Mittel,

Verhinderung der Entstehung neuer Fabriken,

Verhinderung von Überangeboten, also Regelung der Erzeugung.

Hat eine geschlossene Einheit diese Aufgabe gelöst, so ergeben sich aus den geöffneten Marktverhältnissen von selbst günstige, einheitliche Verkaufspreise."

Der Plan ist hübsch gedacht. Er läuft auf die Schaffung einer Monopoldstellung der Marmeladenindustrie heraus. Durch Veränderung von Überangeboten soll der Preis günstig gestaltet werden. Mit andern Worten: Nicht im Interesse des Verbrauchers wollen wir produzieren, sondern in unserm eigenen Privatinteresse. Es soll nur so viel Marmelade hergestellt werden, als zur Befriedigung des Bedarfs knapp genug, damit die Konferenziendustrianten die Preise nach Belieben herstellen können. Herr Beier zeigt uns die ganze Gewegelei der Produktmonopole. Es ist nur gut, daß man aus Marmelade kostengünstig vom verzögern oder sie selbst herstellen kann. Deshalb hat es auch mit dem Marmeladenmonopol noch gute Wege.

Flotter Geschäftsgang in der Blumenindustrie.

Im allgemeinen klagen die Fachorgane der Unternehmer über große Schwierigkeiten in der Beschaffung der Rohstoffe. Es ist aber allmählich gelungen, Rohstoffe zu bekommen, mit Hilfe deren allmählich ein flotter Geschäftsgang einzusetzen. Insbesondere ist die Neupräparatur Blumenindustrie reichlich mit Aufträgen ver sehen. So führt ein Unternehmer in der Zeitschrift "Künstliche Blumen" aus, daß man Arbeitsmangel vorerst nicht zu befürchten habe, da manche Fabrikanten die Aufträge kaum zu bewältigen

vermögen und an einer Rückgang in absehbarer Zeit wohl nicht zu denken sei, indem die in der Hauptfahrt zur Herstellung kommenden Papierblumen als Erfolg für die früher in großen Mengen aus dem Auslande bezogenen Schnittblumen dienen und man mit Material für solche im allgemeinen reichlich eingedeckt sei.

Es sei hierzu bemerkt, daß Neustadt und das anschließende Langenburschesdorf schon immer viel Papierblumen für Dekorationszwecke und Grabmäuse herstellten und daß eine Anzahl größerer Betriebe, die ehemals nur Blumen und sogar solche besserer Art lieferten, schon im Frühjahr, als das Hutblumengeschäft zu Stoßen begann und der Stoffmangel immer schärfer wurde, die Fabrikation von Papierblumen in großem Maßstab aufgenommen und darin schnell Stoßen Blumen gefunden haben. Diese Fabrikation ist weniger lohnend als die Hutblumenverarbeitung, aber dafür handelt es sich um Massenfabrikation, durch welche viele Hände beschäftigt werden und Arbeitsmangel verhindert wird, der tatsächlich eintreten würde, wenn man sich allenfalls an die Hutblumenverarbeitung anklammern wollte, die ja von jenseits ihres Hauptorts in Sibiu hatte. Uebrigens hat sich auch dort eine Anzahl Firmen, die bisher ausschließlich oder in der Hauptfahrt Blumen liefern, der Herstellung von Papierblumen zugewandt und dies mit recht gutem Erfolg. Von einer Überproduktion, die vielfach daraus gefolgt wurde, ist bis jetzt nichts zu spüren gewesen."

Es wird weiter betont, daß zum Teil eine Verbesserung der Papierblumen eingetreten sei, was den Absatz gefördert habe. Die Blumenindustrie ist einer derjenigen Industriezweige die ihre Arbeiterschaft am schlechtesten entlohnen. Hoffentlich wird sie bei dem Aufschwung, über den hier berichtet wird, nicht vergessen.

Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftliche Spargeldverwertung.

Die Tagespresse unterhält sich lebhaft über den Plan des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, in Verbindung mit den christlich-nationalen Gewerkschaften eine Bank ins Leben zu rufen. Es handelt sich dabei, wie bei allem, was der genannte Verband an neuen Maßnahmen durchführt oder plant, um die Nachahmung einer Tat, die im Zentralverband der Konsumvereine, in diesem Fall in der Großraumausgeführten, längst vollbracht ist, ohne daß die Deffensivität davon viel Aufhebens gemacht hätte. Die Bankabteilung der Großraumausgeführten deutscher Konsumvereine, durch die auch eine Reihe großer Gewerkschaften ihre Geldgeschäfte regeln, arbeitet seit Jahren durchaus im Rahmen derjenigen Anschauungen, nach denen auch das zukünftige Unternehmen des Reichsverbandes versahen soll. Es ist nicht so, wie die "Frankfurter Zeitung" meint, daß alles noch ganz in den Anfängen stecke. Dagegen stimmt es, wenn das Blatt erklärt, "die Entwicklung, die sich da anbahne, verdiene heute schon Interesse, um so mehr, je weniger erfreulich andre Verschiebungen seien, die sich seit einiger Zeit zwischen Großbanken und Genossenschaften zu entwickeln beginnen." Es wird dann auf die Großbankenkonzentration verwiesen, deren Ausdehnungszwang sich auch auf die Aufzehrung von Kreditgenossenschaften richte, und dazu bemerkt:

Der unzählbare Nutzen dieser Genossenschaften ist es ja gerade, daß sie von ihnen angeregte und zusammengefaßte Sparaktivität des Mittelstandes zu dessen eigener Förderung verwendet und ihm hierdurch wie durch die Solidarität der Mitglieder eine Kreditquelle erschließen, die er ohne die Genossenschaft niemals in solchem Maße finden würde. Soviel wie die Spar- und Darlehnsklassen auf dem flachen Lande, das sie durch die Befreiung vom Bucher mehr gefürchtet haben, als eigentlich groß oder keines Mittelstaatlicher Agrarpolitik es vermag hätte. So werden die Spar- und Darlehnsklassen auf dem flachen Lande, das sie durch die Befreiung vom Bucher mehr gefürchtet haben, als eigentlich groß oder keines Mittelstaatlicher Agrarpolitik es vermag hätte. So werden die Kreditgenossenschaften, die Vorhaben vereinigt, auch für den Mittelstand der Stadt. Die Großbankenverlängerung wird das nie ergeben können, und es ist ganz richtig, wenn in den "Blättern für Genossenschaftswesen" ausgeführt wird, daß die Mitglieder der Genossenschaft den Schaden zu tragen haben, wenn genossenschaftliche Verwaltungen den Vorhaben der Großbanken sich unterwerfen, oft auch nur aus Egoismus, wenn es sich darum handelt, vor Vorstand und Aufsichtsrat eine gute Abfindung, für ersten auch eventuell noch einen gut bezahlten Direktorposten zu erhalten, oder aus Feigheit, wenn es sich darum dreht, Konsequenzen aus früheren Fehlern zu tragen oder einen ersten Konkurrenzkampf, bei dem es ohne Schmerzen nicht abgeht, auszufechten".

Wert und Weise genossenschaftlicher Spargeldverwertung sind hier treffend dargelegt. Es ist ganz selbstverständlich, daß gleiche Erwägungen auch für die gleichen Bestrebungen der Verbraucher berechtigt sind, die "den Genossenschaftsgedanken", um mit der "Frankfurter Zeitung" zu reden, "für sich verwirklichen, ihre Spargelder, statt sie durch Banken und Sparkassen unter Kontrolle nach deren Zielen zu verwenden, zur Förderung eigener Zwecke in eigenen Organen jammeln und so die wichtigste Waffe des Kapitalismus, das Kapital selber, zur Bekämpfung der Auswüchse des Kapitalismus verwenden". Die Mitglieder der Konsumvereine werden forschieren, ihre Spargelder ihrer Sparkasse, der des Konsumvereins, zuzuweisen, und die Vereine werden den Bankverkehr mit der Großraumausgeführten weiter pflegen und ausbauen.

Fortschritte der Konsumvereine.

J. K. Der Kieler Konsumverein hat das 330 Hektar große Gut Botsee an der Eisenbahn Kiel—Segeburg zum Preise von 900 000 Mk. angekauft.

Die Hamburger "Produktion" hat im Juli zum erstenmal in ihren Verkaufsstellen die Summe von drei Millionen im Umlauf übergetragen. Für ein großes neues Zentrallager erworb die "Produktion" ein 15 000 Quadratmeter großes Gebäude mit Wasser- und Gleis-Anschluß vom Hamburger Staate. Auch für die Erweiterung der Mühle und Bäckerei sind Grundstücke angekauft worden.

Die Produktionsgenossenschaft "Fortschritt" in Hamburg wurde von der Großraumausgeführten Deutscher Konsumvereine übernommen; sie soll später zu einer großen Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik erweitert werden.

Ausland.

Ferienbestimmungen in Ausland.

Die Nachrichten des Russischen Zentralregierungskomites der Sowjetunion veröffentlichten in Nr. 121 vom 15. Juni 1918 folgende Bestimmungen:

1. Die gegen Lohn bzw. Gehalt beschäftigten Arbeiter und Angestellten aller Gewerbezweige, die in einem Unternehmen, einem Staatsbetrieb oder bei einer Privatperson nicht weniger als 6 Monate ununterbrochen beschäftigt waren, haben das Recht, einmal im Jahre Urlaub zu bekommen. Für diese Zeit ist das Gehalt weiterzuzahlen, und zwar im voraus. (Zu den 6 Monaten rechnet auch die Tätigkeit in einem andern Unternehmen desselben Unternehmens oder der Dienst in verschiedenen Betrieben der Russischen Föderativen Sowjet-Republik.)

